



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Zum Einstieg in diesen ersten Newsletter 2017 wünsche ich Ihnen und Euch ein gutes, gesundes und friedliches neues Jahr. Große Herausforderungen warten auf uns: im Innern Wahlen, bei denen es für Demokrat*innen auch darum gehen wird, sich geschlossen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Abschottung und Lügen entgegenzustellen; und im Äußeren, Europa mit seinen Werten und Freiheiten zu bewahren und der Herausforderung eines Machtwechsels in Washington zu begegnen, der in der bisherigen Geschichte der transatlantischen Beziehungen seinesgleichen sucht.

Tunesien braucht Unterstützung, keine Abwendung

Stellvertretend für meine Fraktion habe ich die Bundesregierung davor gewarnt, Tunesien als Reaktion auf die Probleme im Umgang mit dem Berliner Attentäter Anis Amri zu hart zu bestrafen. Seit dem Anschlag und den bekannt gewordenen Schwierigkeiten, Amri zuvor in sein Heimatland abzuschieben, haben allen voran die Minister Heiko Maas und Sigmar Gabriel (beide SPD) dem nordafrikanischen Land gedroht, die finanzielle und technische Unterstützung zu kürzen, sollte es bei Abschiebungen nicht besser kooperieren. Gegenüber der Süddeutschen Zeitung nannte ich diese Vorstöße „weltfremd und unverantwortlich“. Tunesien ist nach wie vor das einzige Land der Region, in dem die arabische Demokratiebewegung eine "hoffnungsvolle Entwicklung hin zur Demokratisierung" gebracht hat. Aus diesem Grund braucht es keine Abwendung, sondern im Gegenteil dringend weitere Unterstützung. Auch muss die Bundesregierung ihre Forderung gegenüber Tunesien aufgeben, Menschen aus Drittstaaten wie Gambia oder Eritrea (die Tunesien als Durchgangsland auf der Flucht genutzt haben) zurückzunehmen.

[Hier](#) ein Artikel dazu.

Für eine artgerechte und nachhaltige Landwirtschaft

Anlässlich der Grünen Woche in Berlin haben wir Grünen unseren Antrag „Landwirtschaft braucht Zukunft – gutes Essen braucht gute Landwirtschaft“ in den Bundestag eingebracht. Darin fordern wir unter anderem, dass Deutschland seine Spielräume im Rahmen der EU besser nutzt und mehr Geld in die Förderung von Ökolandbau, Umwelt-, Klima- und Naturschutz sowie die regionale Vermarktung umschichtet. Tierhaltung soll artgerechter gestaltet werden; bei der Kennzeichnung von Fleisch sowie tierischen Produkten sollen klarere Regeln gelten, was nachhaltige Tierhaltung betrifft. Unser Antrag fordert auch Förderprogramme für gutes, gesundes Essen an Ganztagschulen und anderen Gemeinschaftseinrichtungen sowie strengere Regeln zum Einsatz von Pestiziden oder Gentechnik.

Unser Antrag findet sich [hier](#).

Kleidung muss fair produziert werden

Ebenfalls am Donnerstag haben wir im Bundestag erneut über unseren Antrag zu „Fairer Kleidung“ beraten. Die Strategie der Bundesregierung, mit einem "Textilbündnis" komplett auf Freiwilligkeit und Verantwortung der Branche zu setzen, ist nicht aufgegangen. Immer noch sind die Bedingungen in großen Teilen der Textilindustrie geprägt von unsicheren Produktions- und unfairen Arbeitsbedingungen, von Menschenrechtsverletzungen und ökologischen Missständen. Unser Vorschlag: Durch eine Richtlinie sollen europäische Textilunternehmen zur Beachtung menschen- und umweltfreundlicher Bedingungen verpflichtet werden. Sie sollen ihre Produktions- und Lieferketten transparent machen und nachweisen, dass Sozial- und Umweltstandards bei der Textilproduktion eingehalten werden. Unser Ziel ist es, im Textilsektor genau wie im Lebensmittelrecht eine lückenlose Rückverfolgbarkeit einzuführen. Verbraucher*innen sollen sich bewusst für Kleidung

entscheiden können, die fair, sicher und gesund ist.

[Hier](#) unser Antrag.
Weitere Infos [hier](#).

Gesetzesentwurf zur Entgeltgleichheit: Kaum Fortschritte

Am 11. Januar hat das Bundeskabinett einen neuen Gesetzesentwurf zur Entgeltgleichheit verabschiedet. Das ursprüngliche Ziel, Lohngleichheit zwischen Männern und Frauen zu schaffen, wird weit verfehlt. Das Gesetz soll ausschließlich für Betriebe mit mehr als 200 Beschäftigten gelten. Da die meisten Frauen jedoch in kleineren Betrieben arbeiten, verändert sich für sie nichts. Auch für Unternehmen mit mehr als 500 Angestellten sieht der Entwurf Ausnahmeregelungen vor. Hier beschränkt er sich auf freiwillige Maßnahmen der Wirtschaft. Es kann also davon ausgegangen werden, dass auch für Frauen in großen Unternehmen keine Verbesserungen eintreten. Das Recht auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit muss aber für alle Frauen gelten. Dies kann der Gesetzesentwurf nicht gewährleisten. Daher ist es wichtig, dass das Gesetz im parlamentarischen Verfahren noch verbessert wird.

[Hier](#) unsere Pressemitteilung dazu.

Mehr Informationen zum Entgeltgleichheitsgesetz findet Ihr in folgendem Artikel [hier](#). Dort wird der rein symbolische Charakter des Gesetzes kritisiert.

Neues aus Europa

Theresa May wählt den harten Brexit

Theresa May hat sich für den härtesten Schnitt entschieden und einen Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union ohne Wenn und Aber angekündigt. Eine Teilmemberschaft oder etwas „halb drinnen, halb draußen“ werde es nicht geben, betonte die Premierministerin am Dienstag in London. So gut es ist, dass jetzt nun endlich ein wenig mehr Klarheit herrscht, so merkwürdig muten einige Vorstellungen der konservativen Regierung an: Am EU-Binnenmarkt soll Großbritannien nicht mehr teilnehmen, der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs nicht mehr unterliegen – aber London setzt jetzt schon auf ein umfassendes Freihandelsabkommen, das den Briten Binnenmarkt-ähnliche Vorteile gewährt. Sollte die Regierung ihre jüngsten Gedankenspiele umsetzen und Unternehmenssteuern senken, um so Firmen auf die Insel zu locken, dürfen die verbliebenen 27 Mitglieder ihr das nicht durchgehen lassen. Völlig offen bleibt auch, wie May mit Schottland und Nordirland umgehen will, die sich dem strammen Brexit-Kurs der Tories in London widersetzen.

[Hier](#) ein Artikel dazu.

Datenschutzvorschläge reichen noch nicht aus

Die Europäische Kommission hat in der vergangenen Woche ein Gesetzespaket zum Datenschutz vorgelegt. Ein Vorschlag betrifft die bisher in der so genannten ePrivacy-Richtlinie festgelegten Regeln für den Schutz personenbezogener Daten bei der elektronischen Kommunikation, also dem Telefonieren, Mailen und Texten per Telefon, Smartphone oder PC. Die neuen Regeln gelten für klassische Telekommunikationsanbieter und Kommunikationsdienste wie WhatsApp oder Skype. Jan Philipp Albrecht, stellvertretender Vorsitzender des Innen- und Justizausschusses, begrüßt die Vorschläge, fordert aber Verbesserungen. Denn der Vorschlag erfülle nicht die Anforderungen für ein hohes Maß an Privatsphäre und sichere Kommunikation. Anbieter elektronischer Kommunikation sollen in Zukunft die Daten der Nutzer verfolgen und für kommerzielle Zwecke nutzen dürfen, solange die Betroffenen dies nicht ausdrücklich verbieten. So sieht kein gelungener Datenschutz aus. Eine Erfassung des Surf-Verhaltens oder der App-Nutzung sollte weiterhin nur nach ausdrücklicher Zustimmung erlaubt sein. Zumindest müssten Kommunikationsdienste immer die datenschutzfreundlichsten Voreinstellungen anbieten, wie es die Datenschutz-Grundverordnung vorschreibt. Auch fehlen Vorgaben zur abhörsicheren Verschlüsselung der Kommunikation.

Weitere Infos [hier](#).

EU-Ratspräsidentschaft Maltas: Nein zu Steueroasen in der EU

Am 1. Januar hat Malta die EU-Ratspräsidentschaft übernommen. Das Land wird für die nächsten sechs Monate dem EU-Rat vorsitzen. Die maltesische Regierung will sich während dieser Zeit vorrangig der Bewältigung der Flüchtlingskrise, dem Aufbau des digitalen Binnenmarkts und der Gewährleistung der inneren und äußeren Sicherheit der EU widmen. Der Antritt der Präsidentschaft wird jedoch von dem Umstand überschattet, dass Malta nach EU-Kriterien eine Steueroase ist. Große Unternehmen zahlen dort nur fünf Prozent Steuern auf ihre Umsätze. Das ist vollkommen inakzeptabel. Vor allem im Hinblick auf die anstehenden Brexit-Verhandlungen sendet die Existenz von Steueroasen innerhalb der EU ein fragwürdiges Signal. Die anderen Mitgliedstaaten müssen darauf dringen, dass Malta aktiv gegen Steuerflucht vorgeht und seine Steuersätze anpasst.

Mehr dazu [hier](#).

[Hier](#) könnt Ihr einen offenen Brief von Sven Giegold an den maltesischen Finanzminister Edward Scicluna lesen.

Wichtiges aus dem Wahlkreis

Munterer Neujahrsempfang in Heidelberg

Sehr lebendig fand ich den Neujahrsempfang der Heidelberger Grünen am 8. Januar mit über 200 Gästen im Karlstorbahnhof. Vermutlich waren wir wegen des absehbaren Umzugs in die Südstadt zum letzten Mal am alten Standort zu Gast. Über die Gelegenheit, den interessanten Abend mit Robert Habeck einzuleiten, habe ich mich sehr gefreut. Nach einem Video-Grußwort von Cem Özdemir berichtete Robert aus seiner außergewöhnlichen politischen Biographie vom Schriftsteller zum Landesminister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume in Schleswig-Holstein. Dabei schilderte er unter anderem die Anekdote von seinem ersten Besuch bei einer grünen Mitgliederversammlung auf der Suche nach den „Robin Hoods der Politik“, von dem er nach der Begegnung mit einigen eher ernüchterten Parteimitgliedern als Kreisvorsitzender zurückkam.

Zum ausführlichen Bericht auf meiner Homepage [hier](#).

"Women's March on Washington" morgen auch in Heidelberg

Für die Rechte von Frauen und die Grundlagen einer freiheitlichen Gesellschaft setzen morgen Menschen auf der ganzen Welt mit einem Protestmarsch ein deutliches Zeichen. In Heidelberg kann man als einer von wenigen deutschen Städten direkt dabei sein. Um 15 Uhr startet am Ebert-Platz der Heidelberger Women's March on Washington als „Sister March“ zu der Veranstaltung in den USA. Die Veranstalter*innen wollen sich "in Solidarität mit unseren Lebenspartnern und Lebenspartnerinnen sowie Kindern für unsere Rechte, unsere Sicherheit, unsere Meinungsfreiheit, unsere Familien und die Demokratie im Allgemeinen einsetzen". Ich freue mich über diese tolle Initiative und hoffe, dass sich viele Menschen auch in Heidelberg dieser wichtigen Botschaft anschließen.

[Hier](#) gibt es mehr Infos zur Veranstaltung.

Das war es für diese Woche. Der nächste Newsletter erscheint am 3. Februar.

**Bis dahin grüßt herzlich
Eure Franziska**

Dr. Franziska Brantner - www.franziska-brantner.eu
Kontakt: Dr. Franziska Brantner, c/o Bündnis 90/Die Grünen,
Bergheimerstraße 147, 69115 Heidelberg, Tel: +49 (0)6221 9146620,
franziska.brantner@bundestag.de

Deutschland

franziska.brantner.ma04@bundestag.de